



Sitzung des Vorstands der EVP-Fraktion

Dubrovnik

11.-12. April 2013

**Kroatien:
Beitrag zur europäischen Zukunft**

INHALTSVERZEICHNIS

Programme	4
Zusammenfassung	6
Schlussfolgerungen	14

PROGRAMM

Donnerstag, 11. April 2013

THEMA I: POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SITUATION IN KROATIEN AM VORABEND DES BEITRITTS

Vorsitzender

Joseph Daul MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP

Ansprachen

Tomislav Karamarko, Präsident der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ)

Redner

- **Dubravka Šuica**, stellv. Vorsitzende der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ), Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der Kroatischen Demokratischen Union Partei (HDZ)
- **Andrej Plenković**, Vorsitzender des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Kroatien des kroatischen Parlaments und Beobachter der kroatischen Delegation der EVP-Fraktion im EP
- **Davor Stier**, internationaler Sekretär der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ), Mitglied des kroatischen Parlaments, stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des kroatischen Parlaments
- **Paul Vandoren**, Botschafter, Leiter der EU-Delegation in der Republik Kroatien

Diskussionseinleitung: Davor Božinović, Beobachter der kroatischen Delegation der EVP-Fraktion im EP

Schlussfolgerungen

Gunnar Hökmark MdEP, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, zuständig für Nachbarschaftspolitik und EURONEST in der EVP-Fraktion, Vorsitzender des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Kroatien

Pressekonferenz

Freitag, 12. April 2013

THEMA II: FÖRDERUNG DES NACHHALTIGEN WACHSTUMS UND DES WACHSTUMS INNERHALB DER EU

1) Relaunch der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft

Vorsitzender

Jan Olbrycht MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im EP, zuständig für interkulturelle Beziehungen

Nutzung des Binnenmarktpotentials

- **Viviane Reding**, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission zuständig für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft
- **Andreas Schwab** MdEP, EVP-Fraktionskoordinator im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EP
- **Marielle Gallo** MdEP, stellvertretende Koordinatorin der EVP-Fraktion im Rechtsausschuss des EP

Stärkung von Forschung und Entwicklung - Horizon 2020

- **Jan van den Biesen**, Vize-Präsident, Public R&D Programmes, Philips Research, BusinessEurope
- **Maria Da Graça Carvalho** MdEP, Mitglied des Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EP

Unterstützung der KMU (Aktionsplan «Entrepreneurship 2020»)

- **Đuro Njavro**, Professor, Wirtschafts-, und Managementsschule, Zagreb

Diskussionseinleitung: Nadezhda Neynsky MdEP, Präsidentin der KMU Europa

Schlussfolgerungen

Pilar Del Castillo Vera MdEP, Koordinatorin der EVP-Fraktion im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EP

2) Beschleunigung der Investitionen in der Europäischen Union

Vorsitzender

Marian-Jean Marinescu MdEP, Vize-Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, verantwortlich der Arbeitsgruppe Haushalts- und Strukturpolitik

Der Beitrag des EU Haushalts zu nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung

- **Janusz Lewandowski**, EU-Kommissar für Finanzplanung und Haushalt
- **Domagoj Ivan Milošević**, Mitglied des kroatischen Parlaments (HDZ), Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft des kroatischen Parlaments

Verkehr und Fremdeverkehr

- **Mathieu Grosch** MdEP, EVP-Fraktionskoordinator im Ausschuss für Verkehr und Fremdeverkehr des EP

Diskussionseinleitung: Frano Matušić, Beobachter, Leiter der kroatischen Delegation der EVP-Fraktion im EP

Schlussfolgerungen

Lambert van Nistelrooij MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für regionale Entwicklung des EP

ZUSAMMENFASSUNG

DIE BETEILIGUNG KROATIENS AN DER ZUKUNFT EUROPAS

THEMA I: POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE SITUATION IN KROATIEN VOR DEM BEITRITT

Vorsitzender

Joseph Daul, Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP, begrüßt den bevorstehenden Beitritt Kroatiens zur EU. Er bezeichnet Kroatien als Beispiel für den Erfolg des europäischen Projekts und heißt die Kroaten im „größten Verbund der Demokratien“ herzlich willkommen.

Joseph Daul erinnert daran, dass die EVP die Kandidatur Kroatiens stets unterstützt habe. Er bekräftigt die stabile Partnerschaft zwischen diesen beiden „Schicksals- und Wertegemeinschaften“. Da die EU ihre Erweiterungspolitik vertiefen wolle, sei das kroatische Beispiel auch eine Botschaft an die Länder des Westbalkans: der Beitritt sei eine Gelegenheit zur Beschleunigung der Reformen.

Joseph Daul erinnert an die aktuelle Situation in Europa und betonte die Notwendigkeit, dass Europa seine Bemühungen zur Überwindung seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zur Änderung seiner schlechten Angewohnheiten fortsetze. Die europäische Integration müsse verstärkt werden, da der Wandel nicht individuell vollzogen werden könne. Europa müsse sich in allen Bereichen mehr einsetzen, und die EVP müsse hier handeln. Er sagte, dass ein Europa gebraucht werde, das vereint sei, ein verantwortungsvolles Europa und ein Europa, das beschütze.

Hauptredner

Tomislav Karamarko, Vorsitzender der Partei der kroatischen demokratischen Union (HDZ) meint, da Kroatien immer zu Europa gehört habe, handele es sich heute für den künftigen 28. Mitgliedstaat der EU um eine Rückkehr zu den Wurzeln.

Er ersucht die EVP um Unterstützung für die Wahlen der künftigen Vertreter Kroatiens im Europäischen Parlament am Sonntag. Er unterstreicht die Kompetenzen der EVP-Kandidaten und bekräftigt ihren Willen, zur Gemeinschaft freier Völker beizutragen.

Tomislav Karamarko geht dann auf das Programm der HDZ für ein starkes Europa und ein starkes Kroatien ein: der Beitritt müsse dazu genutzt werden, das kroatische Wirtschaftsmodell zu ändern und ein Vorbild für alle Nachbarländer zu werden. Die Fehlentscheidungen der derzeitigen sozialistischen Regierung hätten sich erheblich auf das Land ausgewirkt, das unter Arbeitslosigkeit (insbesondere Jugendarbeitslosigkeit) sowie sinkenden Löhnen und Sozialbeiträgen leide. Es werde jetzt eine politische Kraft benötigt, die in der Lage sei, das Land aus der Krise zu führen, Wachstum und Entwicklung zu schaffen und das Wohl der Bevölkerung zu sichern. Tomislav Karamarko ruft zu einer Reform des Bankensystems auf, um neue Arbeitsplätze und Projekte zu finanzieren. Er betont die Notwendigkeit, Unternehmergeist, Investitionen, Kreativität und Solidarität zu fördern.

Redner

Dubravka Šuica, stellvertretende Vorsitzende der HDZ und Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der HDZ, sagt, der Beitritt sei eine Chance für positive Ergebnisse für die Wirtschaft und Beschäftigung in Kroatien. Die frühere Bürgermeisterin von Dubrovnik spricht sich für eine Stärkung der öffentlichen Verwaltung Kroatiens aus. Man dürfe sich nicht mit Sparmaßnahmen begnügen und müsse den Bürgern Alternativen bieten können, bei denen sie ihre Verantwortung übernehmen können.

Dubravka Šuica bemängelt die steigende Arbeitslosigkeit und das Problem der Renten und Pensionen und bedauert, dass die aktuelle Regierung jede Perspektive verloren habe. Sie zeigt sich dennoch begeistert und optimistisch: Kroatien besitze ein enormes Potenzial. Die EU-Finanzmittel seien wichtig und ermutigend im Hinblick auf die Sozialfonds und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Andrej Plenković, Vorsitzender der interparlamentarischen Delegation EU-Kroatien des kroatischen Parlaments und Beobachter der kroatischen Delegation im EP, begrüßt die internen Kooperationsmechanismen der EVP. Anschließend kommentiert er das Programm der HDZ für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Dieses zielt in erster Linie darauf ab, die wesentlichen Probleme in den Bereichen Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit aufzuzeigen und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Andrej Plenković betont die Bedeutung der Unterstützung von Unternehmen und KMU als wichtiges Instrument der kroatischen Wirtschaft. Er zeigt sich beunruhigt über die derzeit ergriffenen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen, die in erster Linie dazu führten, Investoren abzuschrecken. Der Schwerpunkt müsse auch auf die Jugend gelegt werden, um diese wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihre wachsende Unzufriedenheit und ihr zunehmendes Misstrauen gegenüber den Institutionen und politischen Kräften zu bekämpfen. Die zentrale Herausforderung bestehe darin, die Mittel des Kohäsionsfonds und die Vorteile des Binnenmarkts bestmöglich zu nutzen. Außerdem wünscht er sich einen möglichst flexiblen europäischen Haushalt. Die Finanzmittel für Kroatien sollten den ehrgeizigen Zielen Kroatiens entsprechen.

Davor Stier, Internationaler Sekretär für auswärtige Angelegenheiten der HDZ und stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Außenpolitik im kroatischen Parlament, erinnert an die europäische Geschichte Kroatiens und meint, der Beitritt habe eine erhebliche strategische Dimension, insbesondere bei der Verbreitung europäischer Werte in der benachbarten Region.

Der kroatische Integrationsprozess habe zu einem neuen individuellen Ansatz geführt. Dieses Modell müsse sich durchsetzen und die anderen Kandidatenländer ermutigen.

Hinsichtlich der aktuellen Krise warnt Stier vor ideologischen Streitereien. Es sei sehr wichtig, konkrete Lösungen zu finden und die laufenden wirtschaftlichen und sozialen Reformen nicht aufzugeben. Um die Entwicklung Kroatiens zu



ermöglichen, müssten die europäischen Mittel zweckmäßig verwendet werden und es müsse ein nationaler Konsens über den EU-Beitritt erzielt werden. Die HDZ mache es sich zur Aufgabe, sich dafür einzusetzen.

Paul Vandoren, Botschafter und Leiter der Delegation der EU in Kroatien, spricht ebenfalls über die innenpolitische Lage in Kroatien. Der Verhandlungsprozess und die Reformen seien sehr anspruchsvoll gewesen. Daher begrüßt Paul Vandoren den Konsens zwischen allen politischen Parteien über die Fortsetzung der Reformen. Er weist auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Beitritt und auf die Notwendigkeit, eine konstruktive Rolle zu übernehmen, hin.

Der Binnenmarkt sei eine einzigartige Chance für die kroatischen Unternehmen, daher sollten sich diese bereithalten. Die Anstrengungen sollten auf ein besseres wirtschaftliches Klima ausgerichtet sein, das ausländische Investoren anziehen könne. Kroatien könne es nicht riskieren, diese Entwicklungschance ungenutzt verstreichen zu lassen. Es müsse daher Prioritäten und eine klare Strategie für europäische Projekte festlegen.

Davor Božinović, Beobachter der kroatischen Delegation in der EVP-Fraktion im EP, zeigt sich zu Beginn der Debatte realistisch in Bezug auf die Situation in Kroatien. Er halte es für wichtig, sich seine Schwächen einzugestehen, um sie besser korrigieren zu können.

Die folgenden Abgeordneten ergreifen dann während der Debatte das Wort:

- **Doris Pack** besteht auf einer Reform des Rechtssystems und betont die dringende Notwendigkeit der Bekämpfung der Korruption. Außerdem geht sie auf die Frage der Zusammenarbeit an der Grenze zu Bosnien-Herzegowina vor dem Beitritt Kroatiens zur EU ein.
- **Csaba Sógor** begrüßt die verabschiedeten Minderheitengesetze.
- **Hubert Pirker** beglückwünscht Kroatien zu seiner ausgezeichneten Vorbereitung. Er würdigt ferner die Rolle und die Arbeit der kroatischen Beobachter im EP.
- **Zofija Mazej Kuković** und **Theodor Stolojan** äußern sich erfreut über den politischen Erfolg Kroatiens und die Rückkehr Kroatiens „nach Hause“.
- **Maria da Graça Carvalho** ruft zur bestmöglichen Nutzung der Mittel des Regionalfonds für Bildung und Forschung auf.
- **Frano Matusic** fordert die Entwicklung der Infrastrukturen für die richtige Anbindung der kroatischen Städte. Er weist darauf hin, dass in den Bereichen Transport und Personenbeförderung noch zahlreiche Anstrengungen unternommen werden müssten.
- **Miroslav Mikolasik** erinnert daran, dass das slowakische Parlament als erstes den Beitritt Kroatiens zur EU ratifiziert und die Verbundenheit der beiden Völker zugesichert habe.
- **Roza, Gräfin von Thun und Hohenstein** spricht von einem historischen Moment und einem wesentlichen Schritt im europäischen Einigungsprozess.
- Ebenso wie **Ian Olbrycht** befasst sie sich mit der Frage der Unterstützung der Öffentlichkeit und empfiehlt, der Diskussion nicht auszuweichen und zu akzeptieren, die Verantwortung für die Probleme in Europa zu tragen.
- **Cristian Preda** erwähnt die aktuelle Situation in Island, das sich Kroatien zum Vorbild nehmen könne.
- **Michael Gahler** beglückwünscht die HDZ zu ihrer Entwicklung und ausgezeichneten Zusammenarbeit mit der EVP.
- **Ingeborg Gräßle** betont ebenfalls die Bedeutung des Haushalts und der Finanzierung kroatischer Projekte. Sie erinnert daran, dass Brüssel großen Druck ausüben werde, damit Kroatien die europäischen Anforderungen erfülle.
- **Salvatore Tatarella** äußert sich zur Adria und zur Zusammenarbeit von Kroatien und Italien bei der Schaffung eines Großraums Adria als Faktor bei der politischen und wirtschaftlichen Integration.
- **Constance Le Grip** erinnert an das Band zwischen Frankreich und Kroatien und den Willen, gemeinsam eine positive Zukunft zu schaffen. Sie weist außerdem auf die Notwendigkeit hin, die Zollverwaltung zu reformieren, insbesondere für die Kontrolle der künftigen Außengrenzen der Union.
- **Eleni Theocharous** spricht über die finanzielle Situation Kroatiens.

Schlussfolgerungen

Zum Abschluss der Debatte begrüßt **Gunnar Hökmark**, stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im EP und Vorsitzender der interparlamentarischen Delegation EU-Kroatien im EP, die Bemühungen der EVP, Kroatien zum Erfolg zu führen. Es werde unerlässlich sein zusammenzuarbeiten, um sich so bedeutenden Herausforderungen wie der Krise und der Arbeitslosigkeit zu stellen. Auch wenn weiterhin Unsicherheit über die Entwicklung Kroatiens in der EU herrsche, müsse letztere jedoch unter Achtung der gemeinsamen Werte erfolgen.

Christine Detourbet

THEME II : FÖRDERUNG DER BESCHÄFTIGUNG UND DES NACHHALTIGEN WACHSTUMS IN DER EU

Jan Olbrycht, MdEP, stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister der EVP-Fraktion im EP, verantwortlich für interkulturelle Beziehungen, eröffnet die Sitzung mit einem Verweis auf die Bedeutung des behandelten Themas und stellt die Teilnehmer des Gremiums vor.

Nutzung des Potenzials des Binnenmarkts

Viviane Reding, Vizepräsidentin der Kommission, verantwortlich für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft, unterstreicht zu Beginn ihrer Ausführungen die Rolle des Binnenmarkts, der wegen der vielfältigen Möglichkeiten, die er im Leben der europäischen Bürgerinnen und Bürger biete, das Kronjuwel der Europäischen Union darstelle. Diese Errungenschaft solle jedoch nicht als Endpunkt angesehen werden und die EU müsse sich angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise zu ihrem Potenzial bei der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen befragen. Die Kommission habe Maßnahmen zur Stärkung des Potenzials des Binnenmarkts ergriffen, wie etwa die Binnenmarktakten I und II. Die Kommission habe im Verlauf der letzten Jahre aber auch Beschlüsse im rechtlichen Bereich gefasst. Sie habe wesentliche Maßnahmen in drei wichtigen Bereichen vorgeschlagen: eine Reform der Datenschutzbestimmungen, eine Verordnung zur Einführung eines optionalen Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts und eine Reform der europäischen Insolvenzvorschriften.

Die Datenschutzbestimmungen seien vorgeschlagen worden, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger ohne eine Spaltung des Binnenmarkts schützen zu können. Das Gemeinsame Europäische Kaufrecht solle Verbrauchern und Unternehmen die Möglichkeit geben, auf der Grundlage eines optionalen Ansatzes Geschäftsbeziehungen unter dem Schutz einer einheitlichen grenzüberschreitenden Gesetzgebung zu führen. Die Reform des EU-Insolvenzrechts sei direkt auf solche KMU zugeschnitten, die nach

mehr als fünf Jahren Geschäftstätigkeit vor dem wirtschaftlichen Aus stehen.

Diese Maßnahmen seien Teil der Bemühungen der EU im Kampf gegen die Wirtschaftskrise und zur Stärkung des Binnenmarkts.

Andreas Schwab MdEP, Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EP, antwortet in sechs Punkten auf die Frage, wie die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts gesteigert werden kann.

Er sei wie Kommissionsmitglied Viviane Reding der Ansicht, dass 1 % Wachstum aufgrund des Binnenmarkts eine gute Entwicklung darstelle, dass dies jedoch nicht ausreiche.

Der Binnenmarkt werde von gemeinsamen Regeln bestimmt, die jedoch nur dann maßgebend seien, wenn sie von den Mitgliedstaaten, Beamten und Justizbehörden angewendet werden. Bei der Führung des Binnenmarkts müsse es eine stärkere Kontrolle durch die Mitgliedstaaten und die Kommission geben. Mehr Transparenz sei vonnöten.

Die EVP-Fraktion setze sich gemeinsam mit ihren nationalen Schwesterparteien für die Festlegung dieser Bestimmungen ein.

Dies beinhalte auch eine Verpflichtung gegenüber allen politischen Aufgaben, die der Umsetzung dieser Regeln in konkrete Maßnahmen für das Wirtschaftswachstum dienen, wie etwa im Rahmen der Kohäsions- und Regionalpolitik.



Wie Kommissionsmitglied Viviane Reding erklärt habe, sei der Binnenmarkt noch immer nicht vollendet und würden sich neue Konsumgewohnheiten mit entsprechendem Regulierungsbedarf entwickeln. Eine Lösung könne beispielsweise darin bestehen, die Verbraucher einer einheitlichen Regelung folgend und länderübergreifend zu informieren.

Manchmal sei weniger mehr: es brauche seine Zeit, die Bestimmungen zu vereinfachen, dies erfordere jedoch die Bereitschaft der Mitgliedstaaten. Das beste Beispiel seien die Fahrgastrechte, die heute alle europäischen Verbraucher in der EU in Anspruch nehmen können.

Marielle Gallo MdEP, stellvertretende Koordinatorin der EVP-Fraktion im Rechtsausschuss des EP, geht in ihrem Redebeitrag besonders auf die Bedeutung der digitalen Wirtschaft ein. So steige der Umsatz von Unternehmen der digitalen Wirtschaft jährlich um 6 % und ihr Produktionszuwachs, der 2012 zwischen 5 und 10 % lag, sei höher als in anderen Betrieben. In Frankreich seien im Jahr 2010 25 % des inländischen Wachstums auf die Internetwirtschaft entfallen.

Auch das Cloud Computing weise mit Gewinnen von jährlich 160 Milliarden Euro interessante Zahlen auf. Mithilfe neuer Technologien hätten 80 % der Betriebe ihre Kosten um 10 bis 20 % senken und so ihre Produktivität steigern können. Im Hinblick auf die Beschäftigung seien in den USA in den vergangenen vier Jahren 466 000 Arbeitsplätze entstanden. Neue Technologien hätten zudem eine Änderung des Verhaltens beim Waren- und Dienstleistungskonsum nach sich gezogen und würden einen erheblichen Teil der Wirtschaft ausmachen.

Angesichts dieser Fakten und Zahlen bestehe in der EU Handlungsbedarf zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung. Definitionsgemäß habe das Internet keine Grenzen. Daher gebe es für Unternehmen und Märkte relevante Gebiete auf internationaler Ebene ebenso wie im Binnenmarkt. Die Digitale Agenda müsse gemeinsam mit der Digitalisierung kultureller Güter eine der wichtigsten Prioritäten der EU sein. Die wesentliche Fragestellung habe mit Aufrichtigkeit zu tun, denn alle Beteiligten und Unternehmen sollten sich sicher im rechtlichen Rahmen bewegen und sich dabei wohl fühlen.

Stärkung von Forschung und Entwicklung – Horizont 2020

Jan van den Biesen, Vizepräsident öffentliche F&E-Programme, Philips Research, **Vertreter von BUSINESSEUROPE, sieht Forschung und Innovation als Schlüsselemente für das Wachstum von europäischen Großunternehmen an.** Die Kommission trage seit Jahrzehnten zur Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation bei, unterstütze Unternehmen bei der Entwicklung neuer Technologien und Waren für die Verbraucher und Sorge so für eine bessere Lebensqualität.

BUSINESSEUROPE vertrete 20 000 Unternehmen aus ganz Europa und sei damit der größte Unternehmensverband. Er setze sich für einen stärker fortschrittsorientierten Ansatz bei der europäischen Forschungs- und Entwicklungspolitik ein. Europa leiste gute Arbeit, aber vor dem Hintergrund der Krise sei eine Verstärkung der öffentlichen Maßnahmen wesentlich, um erfolgreich gegen die Arbeitslosigkeit, die fehlende Wettbewerbsfähigkeit und das schwache Wachstum anzugehen. Horizont 2020 stelle einen wichtigen Schritt dar, um angesichts der neuen gesellschaftlichen Herausforderungen die Erholung und das Wachstum der Wirtschaft sicherzustellen. BUSINESSEUROPE setze sich hauptsächlich für solche Maßnahmen ein, die europäische Unternehmen bei ihren Innovationsprojekten unterstützen.

Die drei Zielsetzungen von Horizont 2020 würden die Anliegen der europäischen Industrie widerspiegeln. Zentral sei jedoch die Frage, wie die Projekte finanziert werden können. Zwischen 2014 und 2020 seien mindestens 80 Milliarden Euro erforderlich, um den durch die Haushaltsvorgaben 2013 erreichten Stand halten zu können. Wenn dies in den Verhandlungen zum MFR nicht erreicht werden könne, solle zumindest die Verteilung gleich bleiben. BUSINESSEUROPE sei zudem besorgt über den Rückgang der Finanzierung für KMU. Aufgrund der Komplexität von Forschungsprojekten nehme eine geringere Anzahl von Unternehmen an ihnen teil. 20 % des Haushalts sollten auf KMU entfallen, aber die Praxis zeige die Notwendigkeit eines Umfelds, in dem KMU und Großunternehmen zusammenarbeiten.

Es sei notwendig, Schnittstellen zwischen Kohäsionsfonds und Forschungsprogrammen zu schaffen und auf diese Weise Regionen mit Nachholbedarf in diesem Bereich zu fördern.

Maria Da Graça Carvalho MdEP, Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EP, konzentriert sich in ihren Äußerungen auf Horizont 2020. Horizont 2020 ermögliche den Ausbau von Forschung und Innovation in Europa. Sein Ziel bestehe darin, die Position der EU in der Wissenschaft und die industrielle Führungsrolle im Bereich Innovation zu stärken und dazu beizutragen, die wesentlichen Probleme und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen die Gesamtheit der Europäer steht, zu bewältigen. Dies setze eine bessere Zusammenarbeit auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene voraus, um die wirtschaftlichen Strukturen der europäischen Länder zu stärken. Die Europäische Union solle konkrete Maßnahmen einführen. Horizont 2020 sei in den kommenden Jahren der Grundpfeiler für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Das Programm müsse jedoch auch einfach gehalten sein und so die Zusammenarbeit innerhalb Europas und über seine Grenzen hinaus sicherstellen.

Ein Teil der Maßnahmen im Rahmen von Horizont 2020 stimme mit den Anliegen der EVP überein: KMU, Vereinfachungen, internationale Zusammenarbeit, verstärkte Beteiligung und Synergien mit anderen Finanzierungsinstrumenten, um nur einige zu nennen.

Drei neue wesentliche Gesichtspunkte seien hervorzuheben. So werde bei den EU-Forschungsprogrammen nun einem globalen Ansatz gefolgt, etwa durch den Ausbau der Beteiligung und Synergien mit anderen europäischen Finanzierungsinstrumenten. KMU würden durch die Vereinfachung der Verfahren und ihre Transparenz sowie die Zusammenarbeit mit anderen Forschungseinrichtungen mehr in die Forschungsprogramme einbezogen. Die Zielsetzung des Programms Horizont 2020 erfordere die Brückenbildung zu anderen europäischen Finanzierungsinstrumenten, um Forschungsprogramme von ihrer Konzeption

bis hin zur Vermarktung entwickeln zu können. Horizont 2020 stehe für Inklusivität und Flexibilität. Es stelle sich die Frage der Finanzierung und das Europäische Parlament brauche Zahlen, um die Wirksamkeit von Horizont 2020 sicherstellen zu können.

Unterstützung der KMU (Aktionsplan „Unternehmertum 2020“)

Martina Dalić, ehemalige Finanzministerin der Republik Kroatien, Mitglied des kroatischen Parlaments, äußert sich zur Lage der kroatischen Wirtschaft, die sich auf die KMU stütze. Nur 10 % der kroatischen Unternehmen seien als Großunternehmen anzusehen. Daher habe man in den letzten Jahren die Belange der KMU in den Mittelpunkt der politischen Überlegungen gestellt. Aufgrund ihrer Größe seien KMU im Vorteil, aber zugleich stärker von der Krise betroffen. Zwar seien die KMU in den vergangenen fünf Jahren noch nicht flexibel genug gewesen, aber dennoch könnten sie künftig einen Lösungsansatz für die Wirtschaft darstellen. Der Binnenmarkt werde Auswirkungen haben und die gegenseitige Abhängigkeit von KMU und Großunternehmen werde sich zugunsten der KMU verschieben, für die sich bessere Chancen auf dem Binnenmarkt ergeben könnten.

Folgende Zahlen zur kroatischen Wirtschaft werden vorgestellt: Kroatiens Einnahmen liegen bei 60 % des europäischen Durchschnitts, die Arbeitslosenquote beträgt 15 % und das Wachstum lag im letzten Jahr bei minus 2 %. Das Kernproblem sei die Jugendarbeitslosigkeit. Trotz entsprechender Investitionen liege Kroatien u. a. in den Bereichen Schul- und Berufsbildung im Vergleich zum restlichen Europa weit zurück. Die Zugehörigkeit zur Europäischen Union stelle für einige Unternehmen eine gute Chance dar und könne ausländische Investitionen nach Kroatien bringen. Jedoch bleibe ein Teil der Bedenken aufgrund der schwachen Wirtschaft und der Krise weiterhin bestehen. Durch Gemeinschaftsmittel und die Strategie „Europa 2020“ würden Anreize für die kroatische Wirtschaft geschaffen werden.

Der Vorsitzende eröffnet die Aussprache. Folgende Teilnehmer ergreifen das Wort:

- **Zofija Mazej Kukovič** zur Wettbewerbsfähigkeit und notwendigen Förderung von Unternehmertum in den Bereichen Schul- und Berufsbildung;
- **Richard Seeber** zu den Umweltauflagen bei der Anwendung der Binnenmarktvorschriften durch die Mitgliedstaaten;
- **Róza Gräfin von Thun und Hohenstein** zur Beseitigung von Hemmnissen innerhalb des Binnenmarkts, die durch die Befolgung nationaler Ansätze weiterhin entstehen, und zu der Notwendigkeit, die Bürgerinnen und Bürger über den Nutzen des Binnenmarkts zu informieren;
- **Jean-Pierre Audy** zu den Verfahren bei einem makroökonomischen Ungleichgewicht mit Blick auf Frankreich und zum Standpunkt der Unternehmen zu Horizont 2020, besonders zu Fragen der Vereinfachung, der Finanzierung der Industrie und des geistigen Eigentums;
- **Theodor Dumitru Stolojan** zu den Schwierigkeiten, denen sich einige Industriesektoren gegenübersehen, darunter die Stahl und die Aluminium-Industrie;
- **Lambert van Nistelrooij** zu der im Bereich Forschung und Entwicklung geforderten Synergie mit KMU und zu der Notwendigkeit, stärker in das Humankapital zu investieren.

Andreas Schwab beantwortet die Frage zur Anwendung der Bestimmungen durch die Mitgliedstaaten und zur Notwendigkeit, innerhalb der Mitgliedstaaten einheitliche Vorschriften einzuführen. Bei diesem Verfahren sollten die nationalen Verwaltungen stärker einbezogen werden und es sollte mit Vorschlägen einhergehen, wie ein Zusammenhang zwischen der Anwendung der Vorschriften und den Zahlungsansprüchen der Mitgliedstaaten hergestellt werden kann.

Viviane Reding beantwortet die Frage nach der Förderung des Unternehmertums in Europa. Dieses Thema sei mit einer Geisteshaltung in Europa verknüpft, die sich verändern müsse, damit junge Menschen bei der Gründung ihres Unternehmens

unterstützt werden und in Zusammenarbeit mit Großunternehmen und Banken gute Bedingungen für KMU geschaffen werden.

Zudem befürwortet Viviane Reding eine Handelsvereinbarung zwischen der EU und den USA. Dem Aspekt der Synergien innerhalb der Kommission und unter den Kommissionsmitgliedern komme wesentliche Bedeutung zu.

In Bezug auf die Industrie ergreift Kommissionsmitglied **Antonio Tajani** das Wort.

Die Kommission sei der Ansicht, Frankreich befinde sich auf dem falschen Weg, und habe dies der französischen Regierung in deutlichen Worten mitgeteilt.

Jan van den Biesen erwidert, die Angelegenheit sei keine Frage des guten Willens, sondern erfordere konkrete Lösungsansätze. **BUSINESSEUROPE** habe angesichts der aktuellen Lage Bedenken zur Finanzierung. Den offenen Zugang zu Patenten sehe er nicht als wirkliche Schwierigkeit an, da er von der Initiative der Unternehmen abhängig sei.

Maria Da Graça Carvalho unterstreicht die Bedeutung der Vereinfachung des Rahmenprogramms Horizont 2020.

Schlussfolgerungen

Pilar del Castillo Vera MdEP, Koordinatorin der EVP-Fraktion im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des EP, betont in ihren Schlussfolgerungen die Notwendigkeit, auf den positiven Leistungen des Gemeinsamen Markts aufzubauen, und unterstreicht die Bedeutung des grenzüberschreitenden Handels und der Finanzierungshilfen für Unternehmen.

Das größte Problem des digitalen Markts bestehe in den nationalen Interessen, die sich im Vergleich zu dem auf EU-Ebene ursprünglich ausgearbeiteten Ansatz drastisch verändert haben.

Es müsse ein Markt geschaffen werden, der Verbrauchern und Unternehmern eine echte Wahlmöglichkeit biete. Dazu sei das Bestehen von echter Interoperabilität erforderlich.

Der tragende Leitsatz des Programms Horizont 2020 müsse Einfachheit sein.

Die Wiederbelebung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft liege in der Hand der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen, aber die Politik müsse sich darum bemühen, gute Voraussetzungen für die Ausschöpfung des bestehenden Potenzials zu schaffen. Es sei an der Zeit, Mut zu zeigen und die Bereitschaft zur Entscheidungsfindung zu begrüßen.

Baptiste Thollon

SCHLUSSEFOLGERUNGEN

SITZUNG DES VORSTANDS DER EVP-FRAKTION IN DUBROVNIK

DIE BETEILIGUNG KROATIENS AN DER ZUKUNFT EUROPAS

THEMA I: KROATIENS BEITRAG ZUR ZUKUNFT EUROPAS

Die EVP-Fraktion hat Kroatien seit dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005 auf seinem europäischen Weg konsequent unterstützt und begrüßt daher den Beitritt Kroatiens zur EU am 1. Juli 2013 als 28. Mitglied. Kroatien hat das erforderliche Reformtempo aufrecht erhalten und die zehn von der Kommission ermittelten Schwerpunktmaßnahmen abgeschlossen sowie den Willen und die Fähigkeit bewiesen, allen noch nicht erfüllten Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand rechtzeitig vor dem Beitritt nachzukommen. Die EVP-Fraktion begrüßt die unternommenen Anstrengungen der kroatischen Regierung unter Führung der HDZ, bei der es sich um ein Mitglied der Europäischen Volkspartei handelt und die den gesamten Prozess der Beitrittsverhandlungen geleitet hat. Die EVP-Fraktion ist zuversichtlich, dass alle Mitgliedstaaten den von ihnen am 9. Dezember 2011 unterzeichneten Beitrittsvertrag rechtzeitig ratifizieren werden, damit Kroatien der EU am 1. Juli 2013 beitreten kann.

Am 14. April 2013 werden die zwölf kroatischen Mitglieder des Europäischen Parlaments gewählt. Die EVP-Fraktion hat bereits kroatische Beobachter in seine gesamte Arbeit im Europäischen Parlament einbezogen und freut sich darauf, zukünftige kroatische Mitglieder in ihren Reihen begrüßen zu dürfen, um einen Beitrag zur Gestaltung der EU-Politik zu leisten und somit für Wohlstand und Beschäftigung für künftige Generationen zu sorgen.

Kroatien hat harte Arbeit geleistet, und die erreichten Ergebnisse kommen direkt seinen Bürgern zugute. Dies ist ein Beweis für die Glaubwürdigkeit der Erweiterungspolitik, bei der es sich wohl um einen der erfolgreichsten Politikbereiche der Union handelt: Wenn die Kandidatenländer ihren Verpflichtungen bei der Erfüllung der Beitrittskriterien nachkommen, kommt die EU ihrem Beitrittsversprechen nach. Die EU-Mitgliedschaft bietet einen zusätzlichen Anreiz für die Fortführung von Reformen, wobei die EVP-Fraktion der Auffassung ist, dass die Erfolgsgeschichte Kroatiens auch ein gutes Beispiel für die übrige Region bei ihrer Annäherung an die EU ist.

THEMA II: FÖRDERUNG EINES NACHHALTIGEN WACHSTUMS UND DER BESCHÄFTIGUNG IN DER EU

Die EVP-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass die Zukunft der europäischen Völker und Nationen eine Gemeinschaft der Verantwortung und der Solidarität ist, die in einer sozialen Marktwirtschaft geeint ist. Um die Konjunktur zu beleben, muss die Haushaltskonsolidierung mit Investitionen Hand in Hand gehen. Beide sind zur Schaffung von Wachstum und Beschäftigung in Europa von wesentlicher Bedeutung.

Die EVP-Fraktion möchte nachhaltiges Wachstum erzielen, um der kommenden Generation Arbeit und keine Schulden zu hinterlassen. Dazu benötigen wir in den Mitgliedstaaten Strukturreformen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und auf den positiven Erholungstendenzen in verschiedenen Mitgliedstaaten weiter aufzubauen. Wir brauchen einen voll funktionsfähigen Binnenmarkt einschließlich eines besser funktionierenden und transparenten Finanzmarkts.

Die Investitionen der EU müssen ein eindeutiges Ziel verfolgen und sich auf Projekte konzentrieren, die zu Wettbewerbsfähigkeit führen und die wichtigsten Zielsetzungen für das Europa der Zukunft unterstützen. Eine kohärente Haushaltspolitik bedeutet Kohärenz zwischen den verschiedenen politischen Maßnahmen der EU sowie zwischen dem EU-Haushalt und den nationalen Haushalten.

1) Erneuerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft

Nutzung des Potenzials des Binnenmarkts

Der Beitritt zur EU hat den kroatischen Verbrauchern den Zugang zu einem Markt mit mehr Rechten (z. B. Fluggastrechten) und mehr Produkten ermöglicht, die qualitativ hochwertig und preisgünstig (z. B. Roaming) sind. Überdies exportieren kroatische Unternehmen hauptsächlich innerhalb der EU. Ab Juli dieses Jahres wird es für die Unternehmen noch einfacher werden, grenzüberschreitenden Handel zu betreiben. Der Binnenmarkt ist das Rückgrat der Union, und sein gutes Funktionieren ist die Grundlage und der Rahmen für die wirtschaftliche Wiederbelebung in Europa. Zur Erreichung dieses Ziels fordert die EVP-Fraktion eindringlich die Ergreifung verschiedener konkreter Maßnahmen:

- Die EVP-Fraktion fordert eine stärkere Steuerung des Binnenmarkts. Die Europäische Kommission muss für eine ordnungsgemäße Umsetzung und Durchsetzung aller vereinbarten Vorschriften in den EU-Mitgliedstaaten sorgen, indem sie ihre sämtlichen Kompetenzen in diesem Bereich entschlossen ausübt. Insofern bekräftigt die EVP-Fraktion ihre in ihrer Bukarest-Entschließung eingegangenen Verpflichtungen;
- Die europäischen Institutionen müssen sich auf einen verbindlichen Terminplan zur Durchsetzung der Binnenmarktgesetze, Beseitigung von Hindernissen für den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital innerhalb des Rahmens der sozialen Marktwirtschaft einigen;
- Nach der Einbindung des Binnenmarkts in das Europäische Semester möchte die EVP-Fraktion dafür sorgen, dass die jährlichen Berichte über den Stand der Binnenmarktintegration bei der Planung ihrer Reformagenda von richtungsweisender Bedeutung sind;
- Die digitale Marktwirtschaft nimmt mit ihrem hohen Wachstumspotenzial eine wirtschaftliche Schlüsselstellung ein und lenkt andere wirtschaftliche Aktivitäten. Bei ihr handelt es sich um den einzigen Sektor, dessen Wachstum sich nicht infolge der Wirtschaftskrise verlangsamt hat. Die bevorstehende strategische Initiative der Kommission zum Digitalen Binnenmarkt sollte vehement unterstützt werden, um den Einsatz des großen Potenzials der digitalen Wirtschaft (Cloud-Computing, App-Economy, digitale Inhalte) in Europa wirklich voranzutreiben. Diese Initiative könnte die Form einer dritten Binnenmarktakte annehmen, wobei es ihr Ziel wäre, eine ehrgeizige langfristige Vision des künftigen Digitalen Binnenmarkts als Motor für Wachstum und Beschäftigung zu entwickeln.

Stärkung von Forschung und Entwicklung – Horizont 2020

Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) sowie Innovation stehen für die EVP-Fraktion im Mittelpunkt und sind ein Hauptaspekt unserer Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Aus unserer Sicht verfügt Europa über die Möglichkeit, sich an die Spitze von Wissenschaft und Technologie zu stellen. Die EVP-Fraktion engagiert sich zur Erreichung dieses Ziels dafür, dass „Horizont 2020“ zum vorrangigen Instrument für diese Strategie wird.

Mit dem Paket werden die Prioritäten der EU in den Bereichen F&E und Innovation für den Rest des Jahrzehnts festgelegt, wobei zum ersten Mal alle bestehenden Finanzmittel der EU für Forschung und Entwicklung zusammengefasst werden. Das Paket läuft von 2014 bis 2020. Die EVP-Fraktion hat ihre Prioritäten erfolgreich im Parlament verteidigt, so dass das Programm für alle Antragsteller (Universitäten, Forschungszentren, die Industrie

und KMU), die von diesem Programm und einem gemeinsamen strategischen Rahmen für die Finanzierung von herausragender Forschung und Innovation profitieren möchten, zu Vereinfachungen führen kann und gleichzeitig Anreize zur Verbesserung der Beteiligung der Industrie entwickeln kann, wobei insbesondere die KMU in den Mittelpunkt gestellt werden sollen.

Unterstützung der KMU (Aktionsplan „Unternehmertum 2020“)

Die kroatischen KMU haben hohe Erwartungen an den EU-Beitritt. Das Unternehmertum und die richtigen Rahmenbedingungen für die Wettbewerbsfähigkeit der KMU stehen bei der Verpflichtung der EVP-Fraktion zur Förderung des Wachstums in Europa im Mittelpunkt.

Die EVP-Fraktion ist der Überzeugung, dass Maßnahmen auf EU-Ebene einen wichtigen Beitrag leisten können, indem sie den Marktzugang für Produkte und Dienstleistungen der KMU erleichtern. In diesem Zusammenhang gehören der Bürokratieabbau und die Senkung der verwaltungstechnischen oder regulatorischen Belastungen zu den Hauptzielen. Die systematische Durchführung der KMU-Tests auf EU-Ebene und nationaler Ebene sollte zu einem Standard werden.

Die EVP-Fraktion begrüßt den aktuellen Aktionsplan der Kommission für Unternehmertum und erachtet die vorgeschlagenen Initiativen zur Förderung der Vermittlung des unternehmerischen Denkens als sein wichtigstes Element. Das Unternehmertum muss besser in die nationalen Lehrpläne sowie in die Hochschul- und Erwachsenenbildung eingebunden werden. Der Austausch bewährter Verfahren und die Verwendung der Strukturfonds für regionale oder lokale Initiativen in diesem Sektor sollten weiterentwickelt werden.

2) Beschleunigung von Investitionen in der Europäischen Union

Der REGI-Ausschuss der EU / Haushaltsbeitrag zu nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung

Europa benötigt neben Investitionen einen konsolidierten Haushalt. Der Mehrjährige Finanzrahmen 2014-2020 sollte flexibel und reaktionsfähig sein, um die Verfügbarkeit ausreichender Ressourcen für die neuen politischen Prioritäten sicherzustellen.

Nicht ausgegebene Margen und Mittel sollten, falls erforderlich, für Finanzierungsprojekte verfügbar bleiben, insbesondere für die Verwirklichung der Ziele des EU-Programms „Horizont 2020“.

- Bei der Kohäsionspolitik handelt es sich um den greifbarsten Beweis der Solidarität, welche einer der wichtigsten Werte der Union ist. Sie ist eine treibende Kraft hinter der wirtschaftlichen Erholung und dem Wachstum. Die Kohäsionspolitik spielt eine wichtige Rolle bei der Schließung der Kluft zwischen den Regionen und ihrem Zusammenschluss zum Binnenmarkt. Bei ihr handelt es sich um eine Investitions- und Entwicklungspolitik für die EU-Regionen.
- Mit ihrem eindeutigen Ziel „Investitionen für Wachstum und Beschäftigung“ stellt die Kohäsionspolitik ein solides Instrument für die Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit und die Erzielung höherer Wachstumsraten dar. Die Kohäsionspolitik muss in konkreter Weise einen Beitrag zu den „Europa 2020“-Zielen eines intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstums leisten.
- Die EVP-Fraktion beharrt darauf, wie wichtig es ist, die Jugendarbeitslosigkeit wieder auf Kurs zu bringen. Neben der Bildung sind eine Berufsausbildung und lebenslanges Lernen von wesentlicher Bedeutung.

Entwicklung von Verkehr und Fremdenverkehr

Ein modernes Verkehrssystem ist die Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung des Fremdenverkehrs. Die EVP-Fraktion unterstützt ein solides Budget, damit Investitionen in neue Infrastrukturen (Autobahnen, Brücken, Schienennetze) möglich sind.

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament schlägt vor, die Fremdenverkehrsbranche als wichtigen Bereich für das Wachstum und den Konjunkturaufschwung in Europa zu stärken. In Kroatien macht dieser Sektor 9 % des BIP aus. Die EVP-Fraktion unterstützt die Europäische Kommission bei ihren Anstrengungen und Initiativen zur Förderung der europäischen Fremdenverkehrsbranche, insbesondere durch die Entwicklung einer umfassenden Strategie für den Fremdenverkehr ab dem Jahr 2014.

Da es sich in diesem Sektor zumeist um KMU und selbstständige Unternehmer handelt, sollte nach Ansicht der EVP-Fraktion eine besondere und gezielte Unterstützung bereitgestellt werden. Diese Unterstützung würde Mikrokredite und einen zusätzlichen Zugang zu Finanzmitteln aus EU-Fonds, eine speziell auf KMU zugeschnittene IKT-Plattform (Informations- und Kommunikationstechnologie) sowie Schulungs- und Lernmöglichkeiten für neue und bestehende Unternehmen in der Fremdenverkehrsbranche einschließen.

Zuletzt veröffentlichte Publikationen - 2011/2012

Publikationsdienst - Dienststelle Presse und Kommunikation
EVP-Fraktion im Europäischen Parlament



Justiz und Inneres
Die Prioritäten
2011 der EVP-
Fraktion
Februar 2011

FR EN DE NL



Haushalt und
Strukturpolitik
Die Prioritäten 2011
der EVP-Fraktion
Februar 2011

FR EN DE NL



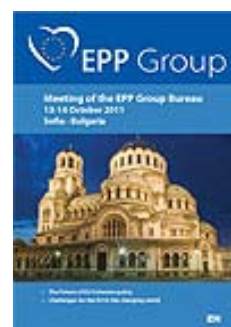
Wirtschaft und
Umwelt
Die Prioritäten 2011
der EVP-Fraktion
Februar 2011

FR EN DE NL



Auswärtige
Angelegenheiten
EPP Group's
priorities for 2011
Februar 2011

FR EN DE NL



Sitzung des
Vorstands der EVP-
Fraktion - Oktober
2011- Sofia
Dezember 2011

FR EN DE BG



EPP Group Public
Hearing Internet
Today and
Tomorrow
February 2012

EN



Studientage der
EVP-Fraktion -
Marseille
Dezember 2011
March 2012

FR EN DE



Sitzung des
Vorstands der
EVP-Fraktion
Palma de Mallorca
March 2012
Mai 2012

FR ES EN DE

Serien



Studientage der
EVP-Fraktion in
Turku-
Juni 2012
November 2012

FR EN DE



Studientage der
EVP-Fraktion in
Bukarest -
Oktober 2012
November 2012

FR EN DE



Watching Brief

FR EN DE



Food for thought

EN



EPP Group
Top Events

FR EN DE



EVP-Fraktion

im Europäischen Parlament

Veröffentlicht von : EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
Presse und Kommunikation
Publikationsteam

Herausgeber : Pedro López de Pablo

Verantwortlich : Christine Detourbet

Koordinator : Véronique De Jonghe
(Revision : Daniela Bührig)

Adresse: Europäisches Parlament
rue Wiertz, 60
B - 1047 Brüssel

Internet: <http://www.eppgroup.eu>

E-mail: epp-publications@europarl.europa.eu

Copyright: EVP-Fraktion im Europäischen Parlament